



© Gerd Altmann / pixelio.de

Vielfalt und Chancengleichheit – Bremerhaven zeigt Flagge

1. Bremerhavener Integrationskonzept



LernenvorOrt



Bremen

Bremerhaven



**SEESTADT
BREMERHAVEN**



Klaus Rosche

*Stadtrat für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren,
Migrantinnen und Migranten und Jugend, Familie und Frauen*

Liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,

als Hafenstadt verfügen wir seit unserer Stadtgründung über eine Tradition als internationale und weltoffene Stadt. Heute leben in Bremerhaven Menschen aus über 160 Nationen. Mit dem vorliegenden 1. Bremerhavener Integrationskonzept „Vielfalt und Chancengleichheit – Bremerhaven zeigt Flagge“ will die Stadt diese Vielfalt würdigen und das Zusammenleben bewusst und systematisch gestalten.

Das Integrationskonzept ist das Ergebnis eines intensiven Beteiligungsprozesses. Das Interesse und die Mitwirkung waren beeindruckend. Hierfür möchte ich mich herzlich bedanken! Wir verstehen Integration als Aufgabe, die von allen Ämtern und Einrichtungen in der Stadt und von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird.

Für das erste städtische Integrationskonzept haben wir einen besonderen Schwerpunkt im Bereich Bildung gesetzt, weil uns wichtig ist, dass allen jungen Menschen in dieser Stadt die gleichen Lebenschancen eröffnet werden. Dafür ist Bildung der Schlüssel!

Ermöglicht wurde die Erarbeitung des Integrationskonzeptes durch die Förderung des Bundesministeriums für Bildung Forschung (BMBF) und den Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“.

Die Erarbeitung des Konzeptes war nur der Anfang. Jetzt gilt es, das gemeinsam Erarbeitete Hand in Hand umzusetzen. Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Integrationskonzeptes und der Konkretisierung der vielen weiteren Ideen, die im Beteiligungsprozess entstanden und zusammengetragen worden sind.

Zur Begleitung der Umsetzung hat die Stadt eine „Koordinationsstelle für Migration und Chancengleichheit“ beim Sozialamt angesiedelt. Ich wünsche mir, dass das Integrationskonzept Anlass ist für viele weitere Initiativen und Projekte im Sinne unseres Mottos „Vielfalt und Chancengleichheit“ in Bremerhaven.

Auf eine gute Zusammenarbeit bei der Umsetzung unseres Integrationskonzeptes!

Ihr

IMPRESSUM

Herausgeber:

Magistrat der Stadt Bremerhaven, Dezernate III und IV
Sozialamt
Amtsleitung: Astrid Henriksen

Im Rahmen des BMBF-Verbundvorhabens „Lernen vor Ort“ Bremen/Bremerhaven

Text und Redaktion:

Vivien Münstermann
Dr. Arne Eppers

Gestaltung des Umschlags:

Christina Wiebe, Marketing

Layout:

Kopfgeflüster, Brockamp & Schröder GbR

Titelbild:

Gerd Altmann, pixelio.de

Graphische Darstellungen:

Torsten Sniegs

ESF:

Der Europäische Sozialfonds ist das zentrale arbeitsmarktpolitische Förderinstrument der Europäischen Union. Er leistet einen Beitrag zur Entwicklung der Beschäftigung durch Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, des Unternehmergeistes, der Anpassungsfähigkeit sowie der Chancengleichheit und der Investition in die Humanressourcen.

Bremerhaven, April 2013

INHALTSVERZEICHNIS

GRÜßWORT	3
IMPRESSUM	4
1. EINLEITUNG	6
1.1 Integration als kommunale Aufgabe	6
1.2 Ausgangssituation in Bremerhaven	7
1.3 Integrationsverständnis der Seestadt Bremerhaven	11
1.4 Zustandekommen des Bremerhavener Integrationskonzeptes	13
1.5 Zielgruppen des Bremerhavener Integrationskonzeptes	14
1.6 Leitlinien der Bremerhavener Integrationspolitik	15
2. DATENGESTÜTZTE STEUERUNG DER KOMMUNALEN INTEGRATIONSPOLITIK - GREMIEN ..	16
2.1 Ziele und Inhalte der Steuerung	16
2.2 Gremien	17
2.3 Integrationsberichterstattung und -monitoring	19
3. ZIELE UND LEITPROJEKTE IN SECHS ZENTRALEN HANDLUNGSFELDERN	21
3.1 Handlungsfeld Frühe Förderung und Elternarbeit	21
3.2 Handlungsfeld Schulabschlüsse	23
3.3 Handlungsfeld Berufsabschlüsse	25
3.4 Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung	27
3.5 Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes	30
3.6 Handlungsfeld Teilhabe/Partizipation und Bewusstseinsbildung	32
4. PERSPEKTIVEN	34
ANHANG	35
Entwurf Geschäftsordnung Fachbeirat Integration	35
Moderation und Mitglieder der Handlungsfeldgruppen	39
Literatur	43

1. EINLEITUNG

1.1 Integration als kommunale Aufgabe

In der Einwanderungsgesellschaft Deutschlands kommt insbesondere den Städten und Gemeinden als Orten des alltäglichen Zusammenlebens eine zentrale Bedeutung für Integrationsprozesse zu. Hier leben und arbeiten Menschen, hier verbringen sie ihre Freizeit und begegnen einander. Vor dem Hintergrund der Globalisierung und des demographischen Wandels ist eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik ein Wirtschafts- und Standortfaktor für Städte und Gemeinden und Schlüsselfaktor für die Attraktivität und erfolgreiche Entwicklung von Kommunen. Auch der soziale Zusammenhalt in Städten und Gemeinden wird geprägt durch gelungene Integrationspolitik.

Integrationspolitik hat sich in den letzten Jahren zu einem neuen kommunalen Handlungsfeld mit Querschnittscharakter entwickelt. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat die kommunale Bedeutung des Themas im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Integration aus dem Jahr 2011 folgendermaßen zum Ausdruck gebracht:

»Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände empfiehlt ihren Mitgliedsbereichen/ihren Mitgliedsverbänden, der Integration eine hohe kommunalpolitische Bedeutung beizumessen, Integration als ressortübergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern und ihrer Bedeutung entsprechend anzusiedeln... und kommunale Gesamtstrategien, die den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen angepasst sind, zu entwickeln und fortzuschreiben.« (NAI 2011: 27)

Auch die Seestadt Bremerhaven stellt sich dieser Herausforderung und hat erkannt, dass mit systematischer kommunaler Integrationspolitik vielfältige Chancen für die Stadt und ihre Einwohner/innen verbunden sind: Das gemeinsame Erarbeiten und die Verständigung auf gemeinsame Zielvorstellungen und Wege der Umsetzung stärkt das Zugehörigkeitsgefühl aller Beteiligten und leistet einen Beitrag zur Stärkung des Gemeinwesens. Der gemeinsame Prozess und Diskussionen sind Grundlage und Ausdruck einer gemeinsamen demokratischen Kultur.

Die Weiterentwicklung des inhaltlichen Angebots und die Zusammenarbeit aller Beteiligten in den zunächst für dieses Konzept in den Blick genommenen Handlungsfeldern

- » Frühe Förderung und Elternarbeit
- » Schulabschlüsse
- » Berufsabschlüsse
- » Wirtschaft und Beschäftigung
- » Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes und
- » Teilhabe/Partizipation und Bewusstseinsbildung

aktiviert Potenziale und eröffnet gerade jungen Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern mit und ohne Migrationshintergrund bessere Lebensperspektiven. Aber auch für schon lange hier lebende Menschen werden die Teilhabechancen

verbessert. Im Zuge der Globalisierung und des zunehmenden Wettbewerbs sichern gut ausgebildete und mehrsprachige Menschen auch den Wirtschaftsstandort Bremerhaven. Das tägliche Miteinander in der Arbeit des öffentlichen Dienstes wird durch die Umsetzung gemeinsam verabredeter Zielvorstellungen gefördert und der Kontakt mit Kundinnen und Kunden erleichtert werden. Abgestimmte Handlungsansätze aus dem Integrationskonzept sollen in weiterführende Prozesse eingebracht werden. Mit dem vorliegenden 1. Bremerhavener Integrationskonzept, seiner Umsetzung und kontinuierlichen bedarfsgerechten Fortschreibung setzt die Stadt Bremerhaven verbindliche Rahmenbedingungen für ein respektvolles Miteinander, für Chancengleichheit und die gleichberechtigte Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und trägt zu einer größeren Attraktivität Bremerhavens als Bildungs- und Wirtschaftsstandort bei. Sinnbildlich steht ein positives Integrationsklima für Bremerhavens Selbstverständnis als „Stadt des Klimas“.

1.2 Ausgangssituation in Bremerhaven

Die Stadt Bremerhaven hat eine lange Tradition als Hafenstadt. Sie war und ist geprägt durch den Schiffbau und die Fischwirtschaft. Heute versteht sich Bremerhaven aber auch als „Klimastadt“ mit einem entsprechenden touristischen Angebot und einer Ansiedlung von Industrie und Forschung im Bereich der Windenergie von zunehmender Bedeutung.

Seit Beginn der 1970er Jahre vollzieht sich mit der nahezu vollständigen Auflösung der deutschen Hochseefischerei und der Werftenkrise in den 1980er Jahren ein tiefgreifender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturwandel.

Die Hafenstadt Bremerhaven entwickelt sich mit den »Havenwelten« zum touristischen Zentrum und mit der Ansiedlung von Industrie und Forschung im Bereich der Windenergie zur technologiegeprägten Region.

Der wirtschaftliche Strukturwandel wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus. Die Zuwanderung von Menschen aus dem Ausland ist ein Teil dieses Veränderungsprozesses und gestaltet ihn mit. War Bremerhaven lange Zeit geprägt durch den Auswandererhafen, über den mehr als 7 Millionen Menschen den europäischen Kontinent verließen, forderten ab 1965 auch die Werften in Bremerhaven ausländische Arbeitskräfte aus Portugal, Griechenland, Spanien und der Türkei an. Diese zugewanderten Menschen und ihre Familien sind heute ein Teil der Bremerhavener Gesellschaft und machen einen Großteil der rund 12.000 Bremerhavener/innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus¹.

Von 1945 bis 1993 war Bremerhaven Stationierungsort U.S.-amerikanischer Truppen. Rund 50 Jahre lang prägten die U.S. Soldaten und ihre Familien das Bild der Stadt Bremerhaven als weltoffen und international mit. Der Abzug der rund 4.000 Soldaten und ihrer Familien im Jahre 1993 wurde daher von vielen Bremerhavenerinnen und Bremerhavener nicht nur als wirtschaftlicher, sondern auch als kultureller Verlust wahrgenommen².

1: Die Quellen- bzw. Datenlage bezüglich der lokalen Einwanderungsgeschichte und der heutigen Zusammensetzung der Bremerhavener Bevölkerung ist bisher wenig erforscht. Für genauere Informationen zur lokalen Bremerhavener Einwanderungsgeschichte vgl. Bickelmann, Weiher, Dietrich, Hergesell „Von der Anwerbung zur Einwanderung – Arbeitsmigration in Bremerhaven“ Stadtarchiv Bremerhaven 2005 und die Homepage „Bremerhaven als Einwandererstadt mit Auswandererhafen“ unter: <http://www.einwandererstadt.de/>. Dieses Blog entstand als Projekt im Rahmen des BMFSFJ-Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.

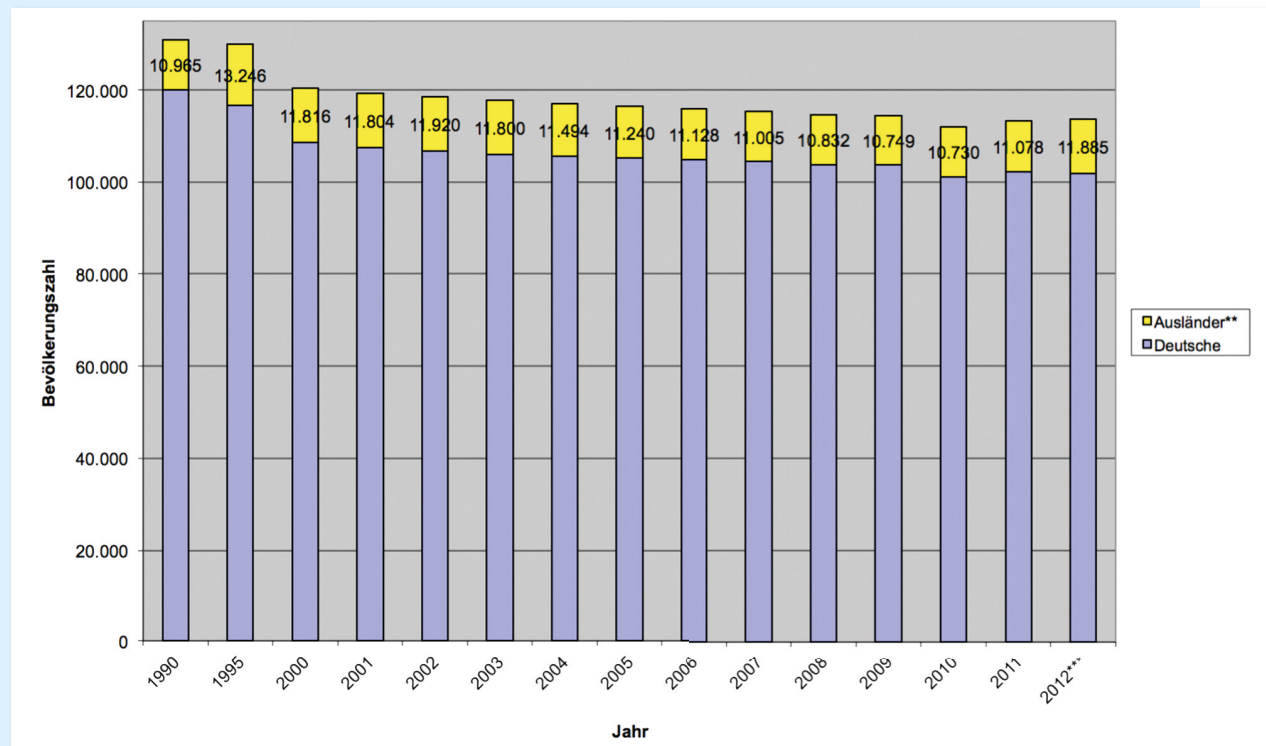
2: Vgl. Friedrichs, Horst-Eberhard: Bremerhaven und die Amerikaner. Stationierung der U.S. Army 1945-1993. 2008.

Bremerhaven gehört zu den besonders stark vom demographischen Wandel betroffenen Städten Westdeutschlands. Damit verbunden sind erhebliche Bevölkerungsverluste. Lebten im Jahr 1995 130.400 Menschen in der Stadt Bremerhaven, so sind es am 31.12.2011 nur noch 112.982 Menschen³.

Gleichzeitig ist absehbar, dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung und insbesondere im Kindes- und Jugendalter deutlich zunehmen wird⁴.

Heute nimmt Bremerhaven zum einen Flüchtlinge auf, es kommen Menschen im Rahmen der Familienzusammenführung und der europäischen Binnenmigration zu uns. Sie bringen unterschiedlichste berufliche Qualifikationen mit. Zum anderen ziehen aber auch Wissenschaftler/innen aus aller Welt nach Bremerhaven, um z.B. in der Offshore Windenergiebranche zu arbeiten. Gelungene Integration stärkt und bereichert die »Klimastadt« Bremerhaven. Es kommt darauf an, die Potenziale, Kompetenzen und Fähigkeiten der Migrant/innen zu erkennen, zu fördern und zu nutzen.

Eine Stadt, in der alle Menschen die Möglichkeit haben, den Strukturwandel positiv mit zu gestalten und davon zu profitieren, hat eine hohe Attraktivität und Anziehungskraft. Zum Stichtag 31.12.2012 waren in der Stadt Bremerhaven 11.885 ausländische Staatsangehörige gemeldet:



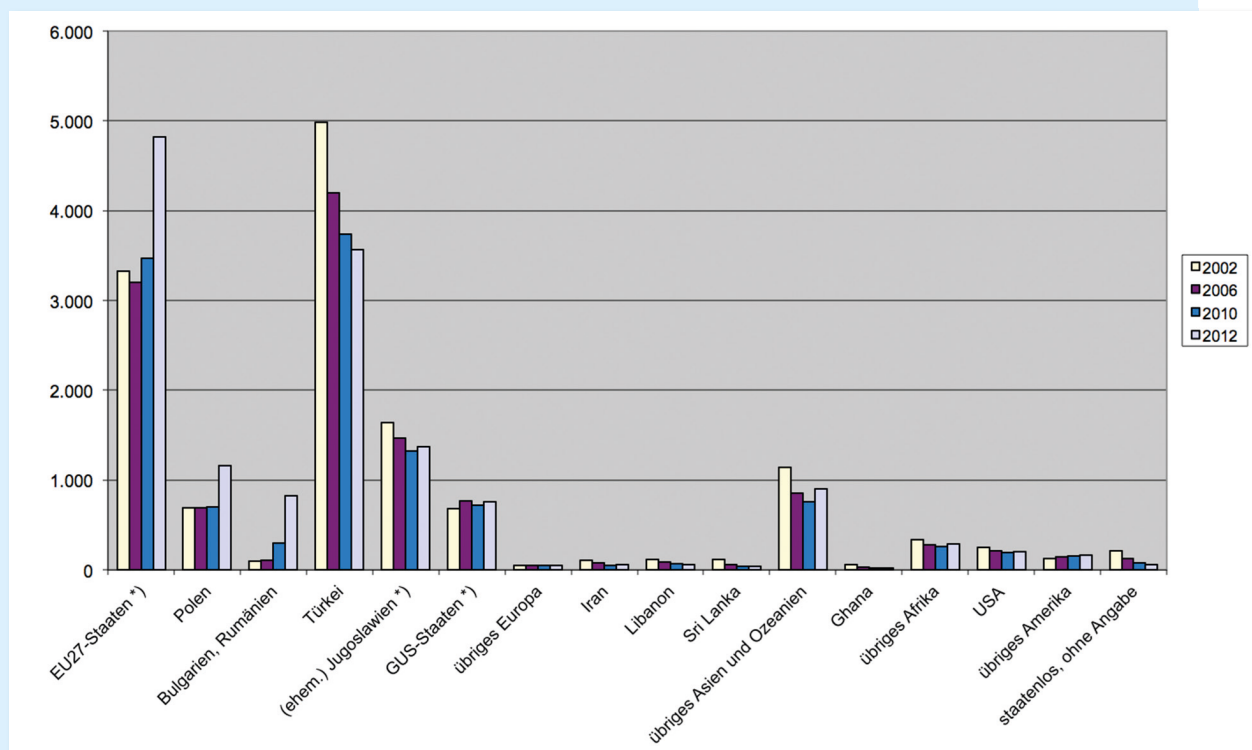
Graphik 1: Wohnbevölkerung in Bremerhaven
Quelle: Magistrat der Stadt Bremerhaven, Bürger- und Ordnungsamt Bremerhaven, - Statistik und Wahlen - (eigene Darstellung)

3: Vgl. Regionalforum Bremerhaven (Hrsg.): Der demographische Wandel im Unterweserraum: Eine erste Analyse der Entwicklungen und Bewertung der vorliegenden Prognosen auf Ebene der Landkreise Cuxhaven und Wesermarsch sowie der Stadt Bremerhaven. Online abrufbar: <http://www.bremerhaven.de/downloads/394/23812/Demografiebericht+Endfassung.pdf>. Zuletzt abgerufen am 29. März 2012. Bremerhaven. 2008. S. 5.

4: Vgl. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Hrsg.): Bildungsbericht 2012. Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Frankfurt am Main/Berlin. 2012. S. 5.

Zu der Bremerhavener Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit kommen die Deutschen mit Migrationshintergrund hinzu. Bei Ihnen handelt es sich z.B. um Eingebürgerte, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Kinder, deren Eltern einen Migrationshintergrund haben. Genaue Zahlen darüber, wie viele Menschen mit einem so genannten Migrationshintergrund in der Stadt Bremerhaven leben liegen nicht vor. Laut Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes leben im Land Bremen 186 000 Menschen mit Migrationshintergrund, das entspricht einem Anteil von ca. 28 % der bremischen Gesamtbevölkerung. Rund ein Viertel der Bremer Bevölkerung hat somit einen Migrationshintergrund. Damit liegt das Land Bremen deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt von 19,5 % Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. Mehr als 40 % der Personen unter 10 Jahren haben im Land Bremen einen Migrationshintergrund⁵. Es kann an dieser Stelle lediglich die Vermutung angestellt werden, dass die Zahlen für die Stadt Bremerhaven ähnlich sind.

In der Stadt Bremerhaven leben Menschen aus mehr als 160 Staaten. Menschen aus der Türkei, Russland, Portugal und Polen stellen dabei die größten Gruppen dar.



Graphik 2: Ausländische Bevölkerung nach Nationalitäten in Bremerhaven
Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (eigene Darstellung)

5: Zahlen laut Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes vgl. Statistisches Bundesamt (2012): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Fachserie 1. Reihe 2.2.

Die Integrationspolitik der Stadt Bremerhaven bewegt sich in einem Spannungsverhältnis zwischen den Auswirkungen landes- und bundesweiter integrationsrelevanter politischer Beschlüsse und der geringen kommunalen Einflussmöglichkeit auf diese Rahmengesetzgebung.

Besondere Herausforderungen sind die haushaltspolitische Lage der Stadt und die mit der Schuldenbremse einhergehende Konsolidierungspflicht.

Gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel ist ein zielorientiertes und im Sinne einer Querschnittspolitik aufeinander abgestimmtes kommunales Integrationskonzept erforderlich, um die zur Verfügung stehenden Mittel strategisch sinnvoll einzusetzen und mit breit abgestimmten Handlungsansätzen z.B. Drittmittel einwerben zu können.

Die Stadt Bremerhaven kann dabei an viel integrationspolitisches Engagement und erfolgreiche integrationspolitische Strukturen und Projekte anknüpfen. Ausdruck hierfür sind u.a. der Rat der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger als gewählte Interessenvertretung aller nicht deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Wohnsitz in Bremerhaven sowie das Bremerhavener Netzwerk für Zuwanderinnen und Zuwanderer. Der freie Zusammenschluss von ca. 40 Organisationen berät über geplante Maßnahmen zur Integrationsförderung und gibt Stellungnahmen für Kostenträger ab über die Förderwürdigkeit geplanter Projekte. Das Netzwerk wirkt planend, koordinierend, begleitend, empfehlend und bewertend bei Projekten und anderen Integrationsmaßnahmen mit.

1.3 Integrationsverständnis der Seestadt Bremerhaven

Die Stadt Bremerhaven versteht Integration als Prozess zur Verwirklichung von chancengleicher Teilhabe aller in Bremerhaven lebender Menschen unabhängig von nationaler, kultureller und/oder ethnischer Zugehörigkeit. Integration kann dann als gelungen bezeichnet werden, wenn der chancengleiche Zugang zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und politischen Leben für alle Bremerhavenerinnen und Bremerhavener unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder sozialen Lage gewährleistet ist⁶. Sie sieht sich ausgehend von ihrer Tradition als Hafenstadt als weltoffene, tolerante und von Vielfalt geprägte Stadt. Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensstilen kennzeichnen die Normalität der Bremerhavener Einwanderungsgesellschaft.

Hierbei können vier Dimensionen der Integration unterschieden werden:

» 1. Strukturelle Integration

meint den chancengerechten Zugang zum Beispiel zum Bildungssystem und zum Arbeitsmarkt.

» 2. Kulturelle Integration

zielt ab auf den Spracherwerb, die Entwicklung und Akzeptanz von Bikulturalität, die Anerkennung von unterschiedlichen Werten und Normen, die mit einer Veränderung von Einstellungen und Verhalten durch Austauschprozesse einhergeht.

» 3. Soziale Integration

beschreibt die Mitgliedschaft in Vereinen und Begegnungen in Freundeskreisen, in Nachbarschaften und auf allen weiteren gesellschaftlichen Ebenen.

» 4. Identifikative Integration

beinhaltet ein Zugehörigkeitsgefühl und die Bereitschaft bei allen Beteiligten, sich mit den Herausforderungen einer vielfältigen Gesellschaft aktiv auseinanderzusetzen und diese mitzugestalten.

Die Stadt übernimmt die Verantwortung, hierfür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und insbesondere durch die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes selbst als Vorbild voran zu schreiten. Hieran wird deutlich, dass Integrationspolitik nicht nur zugewanderte Menschen als Zielgruppe adressiert, sondern auch die Frage stellt, wie alle Bremerhavenerinnen und Bremerhavener in einer von Vielfalt geprägten Stadtgesellschaft das gleichberechtigte Miteinander gestalten können. Explizit miteinbezogen in diese Bemühungen werden auch die Belange von Flüchtlingen in der Stadt.

6: Damit folgt Bremerhaven der Definition des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) – Vgl. SVR, Jahresgutachten 2010, S. 13

Die Stadt Bremerhaven sieht es als besondere Verpflichtung an, die Gleichstellung von Frauen und Männern wie auch von Mädchen und Jungen zu erreichen und sieht sich daher in der Verantwortung, für ein gleichberechtigtes Miteinander der Geschlechter zu werben und entgegenstehenden Tendenzen aktiv zu begegnen. Die Stadt Bremerhaven würdigt den Einsatz der vielen zugewanderten Männer und Frauen für die Integration in Familie, Beruf, Nachbarschaft und Gesellschaft. Jede Zuwanderung hat eine eigene Geschichte und einen eigenen Hintergrund; insoweit sind individuelle Betrachtungen erforderlich. Regelmäßig erleben Frauen und Männer den Wechsel vom Herkunfts- in das Einwanderungsland anders und weisen eine differenzierte Zuwanderungsgeschichte auf. Dies wird in der Integrationspolitik der Stadt Bremerhaven integral berücksichtigt.

Die Stadt Bremerhaven unterstützt das Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen. Das gilt insbesondere auch für das Selbstbestimmungsrecht der Mädchen, Frauen, trans- oder intersexueller Menschen und Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung gegenüber entgegenstehenden Traditionen oder dem Willkürverhalten Einzelner. Die Stadt Bremerhaven wird die Menschen unterstützen, ihre individuellen Potentiale auszuschöpfen und ihre Selbstbestimmungsrechte wahrzunehmen, wenn ihnen diese Rechte verweigert werden.

Es wird angestrebt, das vorliegende Integrationskonzept langfristig zu einem Diversity-Konzept weiterzuentwickeln, das die oben genannten Zielgruppen berücksichtigt.

1.4 Zustandekommen des Bremerhavener Integrationskonzeptes

Das vorliegende Integrationskonzept wurde in einem fast zweijährigen beteiligungsorientierten Prozess erarbeitet. Dieser begann mit einem Vorbereitungstreffen mit Bremerhavener EntscheidungsträgerInnen im Oktober 2010 und endete mit der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung im April 2013.

In dem Vorbereitungstreffen im Oktober 2010 und einem zweitägigen Integrationsworkshop im Januar 2011 wurden mit mehr als 60 Teilnehmenden erste Impulse zur strategischen Ausrichtung der Bremerhavener Integrationspolitik erarbeitet. Hier wurden sechs lebensbiographische Handlungsfelder ausgewählt, die aus Sicht der Beteiligten von besonderer Bedeutung für die Stadt Bremerhaven sind:

- » Frühe Förderung und Elternarbeit
- » Schulabschlüsse
- » Berufsabschlüsse
- » Wirtschaft und Beschäftigung
- » Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes
- » Teilhabe/Partizipation und Bewusstseinsbildung

Als Querschnittsthema, das alle genannten Felder berührt, ist das Handlungsfeld Weiterbildung bearbeitet worden, denn es zeigten sich in allen sechs Handlungsfeldern systematische Weiterbildungsbedarfe. Das weite Spektrum dieser Handlungsfelder macht den Querschnittscharakter von Integrationspolitik deutlich. Weitere wichtige Handlungsfelder z.B. Kultur, Stadtentwicklung, Gesundheit oder die Berücksichtigung spezieller Lebenssituationen von älteren Migrantinnen und Migranten oder die Förderung des interreligiösen Dialogs sollen bei einer Fortschreibung dieses Integrationskonzeptes berücksichtigt werden.

Ein Ergebnis des Integrationsworkshops war die Gründung des „Fachbeirats Integration“⁷, der sich aus Leitungskräften der Verwaltung und anderen Partnerinnen und Partnern in der Stadt zusammensetzt. Der Fachbeirat Integration hat unter Federführung des Sozialamtes und konzeptioneller Begleitung durch die Stabsstelle „Lernen vor Ort“ die Entwicklung des vorliegenden Integrationskonzeptes übernommen. Es wurden sieben Arbeitsgruppen gebildet: In einer AG Steuerung wurde das in Kapitel 2 des vorliegenden Konzeptes erläuterte Steuerungsmodell zur langfristigen Umsetzung und Weiterentwicklung des Integrationskonzeptes entwickelt. Sechs Handlungsfeldgruppen arbeiteten die Ergebnisse des Integrationsworkshops systematisch weiter aus und unterbreiteten Vorschläge für die strategische Ausrichtung und Umsetzungsschritte im jeweiligen Handlungsfeld. Die Zusammensetzung der AGs erfolgte auf freiwilliger Basis. Die Mitarbeit stand jedem offen. Die Mitglieder der AGs aus der Verwaltung, von freien Trägern, Migrantenorganisationen usw. brachten mit großem Engagement ihre Erfahrungen und ihr jeweiliges Fachwissen ein. Kernaussagen der Arbeitsgruppen sind als „Leitlinien der Bremerhavener Integrationspolitik“ in das vorliegende Integrationskonzept eingeflossen.

7: Genauere Informationen zum Fachbeirat Integration finden sich im Kapitel 2 zur Gremienstruktur in diesem Integrationskonzept.

1.5 Zielgruppen des Bremerhavener Integrationskonzeptes

Integration wird in Bremerhaven als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden. Das Integrationskonzept richtet sich daher an alle in einer von Vielfalt geprägten Stadtgesellschaft vertretenen Institutionen und Menschen. Hierzu gehören Zuwanderinnen und Zuwanderer, aber auch Bremerhavenerinnen und Bremerhavener ohne Migrationshintergrund. Das Integrationskonzept wird Hand in Hand von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen und umgesetzt.

1.6 Leitlinien der Bremerhavener Integrationspolitik

- » 1. Integrationspolitik wird in Bremerhaven als Querschnittsaufgabe verstanden und organisiert, die alle Bereiche kommunalen Handelns betrifft und von allen Referaten und Dienststellen der Stadt sowie den städtischen Gesellschaften bei ihrer Arbeit nachhaltig berücksichtigt werden muss.
- » 2. Die Stadt Bremerhaven gestaltet ihre Integrationspolitik in enger Abstimmung mit Partnerinnen und Partnern in der Stadt und insbesondere mit Migrantenorganisationen.
- » 3. Integration setzt eine Bewusstseinsbildung für Vielfalt als gesellschaftlichen Normalfall und eine entsprechende Öffnung von Institutionen voraus unter Vermeidung ethnischer Zuschreibungen.
- » 4. Bremerhavener Integrationspolitik wirkt auf die chancengleiche Teilhabe aller Bremerhavenerinnen und Bremerhavener an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hin und stärkt so das friedliche Zusammenleben in der Stadt.
- » 5. Die Stadt Bremerhaven als Arbeitgeberin, Dienstleisterin und Auftraggeberin wirkt auf die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes hin und strebt den Abbau von Zugangsbarrieren zum öffentlichen Dienst für Menschen mit Migrationshintergrund an. Hiermit übernimmt die Stadt eine Vorbildfunktion.
- » 6. Im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten entwickelt die Stadt Bremerhaven spezielle kultur- und gendersensible Angebote zur Erreichung ihrer integrationspolitischen Ziele.
- » 7. Die Steuerung der Bremerhavener Integrationspolitik bedarf eines datenbasierten Integrationsmonitorings.
- » 8. Bremerhavener Integrationspolitik nimmt auch die Belange von Flüchtlingen und europäischen Migrant/innen in der Stadt in den Blick.

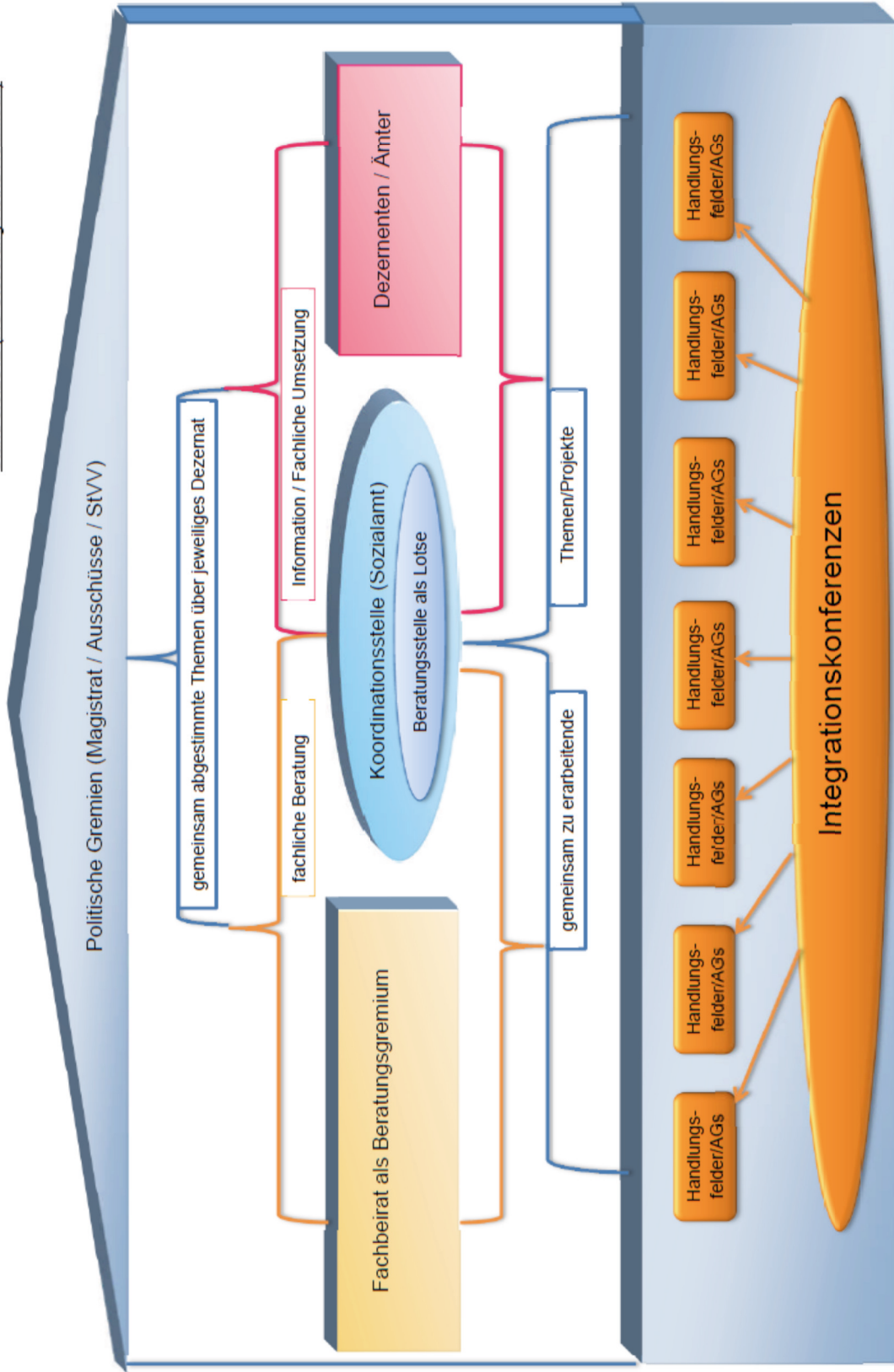
2. DATENGESTÜTZTE STEUERUNG DER KOMMUNALEN INTEGRATIONSPOLITIK – GREMIEN

2.1 Ziele und Inhalte der Steuerung

Das vorliegende partizipativ erarbeitete Bremerhavener Integrationskonzept bedarf einer Steuerungsstruktur, über die die Umsetzung des Konzeptes begleitet und evaluiert wird und eine strategische Weiterentwicklung möglich ist. Diese Steuerungsstruktur muss in der Lage sein, unterschiedliche Verwaltungsstellen und sonstige Behörden, Akteure aus Wirtschaft, von freien Trägern, aus Vereinen und Gruppen sowie aus der Politik in einem kontinuierlichen Kommunikationsprozess einzubinden. Integration wird in Bremerhaven als beteiligungsorientierte Querschnittsaufgabe verstanden. Diese kann nur erfolgreich gestaltet werden, wenn klare und verbindliche Verabredungen über Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten vorliegen.

Struktur in der Integrationsarbeit in Bremerhaven

Stand 5.3.2012 (AG Steuerung-Astrid Henriksen)



Die kommunale Integrationspolitik wird mit dem Integrationskonzept in der **Stadtverordnetenversammlung** festgelegt.

In regelmäßigen Abständen organisiert die Stadt Bremerhaven in Kooperation mit anderen relevanten Akteuren **Integrationskonferenzen**. Diese stellen eine offene und jedem zugängliche Plattform dar, um Ergebnisse und Erfahrungen aus dem gesamten Prozess der Integrationsförderung zu diskutieren und Weiterentwicklungen anzuregen.

Die Ergebnisse der Integrationskonferenzen werden vom **Fachbeirat Integration** entgegengenommen und beraten. Der Fachbeirat Integration, der sich aus Amtsleitungen und anderen integrationsrelevanten Partnerinnen und Partnern in der Stadt zusammensetzt, berät den Magistrat bei der strategischen Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik.

Die Geschäftsführung des Fachbeirats Integration übernimmt eine **Koordinationsstelle für Migration und Chancengleichheit**. Sie ist beim Sozialamt Bremerhaven angesiedelt und übernimmt folgende Aufgaben:

- » 1. Steuern und Koordinieren des Integrationsprozesses in der Stadt und im Magistrat als Bindeglied zwischen
 - den Ämtern des Magistrats untereinander,
 - zu anderen Institutionen und Behörden in der Stadt,
 - Verbänden, die sich in der Stadt Bremerhaven der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund widmen sowie
 - zu interessierten Bürgern
- » 2. Konzeptionelles Begleiten des Integrationsprozesses einschließlich Monitoring
- » 3. Organisieren und Durchführen von Integrationskonferenzen
- » 4. Geschäftsführung für den Fachbeirat Integration
- » 5. Begleiten von Arbeitsgemeinschaften
- » 6. Zusammenarbeit mit Gremien des Landes und in der Stadt (z. B. Bremer Rat für Integration, Netzwerk für Zuwanderer und Zuwanderinnen in Bremerhaven und Bremen, Rat für ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen)
- » 7. Unterstützung bei der Planung und Durchführung von zielgruppenspezifischen Projekten
- » 8. Interkommunaler Erfahrungsaustausch
- » 9. Unterstützung der Fachplanung der Ämter bei der interkulturellen Ausrichtung
- » 10. Beraten von Vereinen, die in der Integrationsarbeit tätig sind, insbesondere in Fördermittelangelegenheiten

Der Koordinationsstelle ist eine Beratungsstelle mit Lotsenfunktion für Menschen mit Migrationshintergrund zugeordnet, die diese ratsuchenden Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund über die entsprechenden Beratungsangebote in der Stadt informiert.

Wichtige Partner in der Integrationspolitik sind u.a. der Rat der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und das Bremerhavener Netzwerk für Zuwanderinnen und Zuwanderer, deren Funktionen unberührt fortbestehen.

2.3 Integrationsberichterstattung und -monitoring

Integrationsprozesse sind vielschichtig und nicht einfach zu erfassen und zu beeinflussen. Deshalb ist es wichtig, dass der Magistrat und seine Partnerinnen und Partner in der Stadt regelmäßig eine klare Einschätzung der Veränderungsprozesse in Bremerhaven vornehmen können. Hierzu bedarf es

- » 1. einer aussagekräftigen ämterübergreifend abgestimmten Integrationsberichterstattung
- » 2. und einer systematischen integrationsbezogenen Strukturdatenanalyse.

Die **Integrationsberichterstattung** dient der Evaluation des Integrationskonzeptes. Sie gibt in regelmäßigen Abständen Auskunft über erzielte Erfolge und fortbestehende Aufgaben bei der Umsetzung des vorliegenden Integrationskonzeptes und weist auf notwendige Änderungen in Zielsetzungen und Organisation hin. Eine aussagekräftige Integrationsberichterstattung ist eine ämterübergreifende Aufgabe auf der Grundlage einheitlicher Definitionen und Standards.

Die **integrationsbezogene Strukturdatenanalyse** sind regelmäßige und systematische Erhebungen bzw. Zusammenstellungen und Auswertungen von verlässlichen und differenzierten Daten, die Aufschluss über den Stand und die Entwicklung von Integration in Bremerhaven geben und Erfolge und Handlungsbedarfe sichtbar machen. Hierzu gehören z.B. Angaben zum Bevölkerungswechsel, zu demographischen Veränderungen und zur Vielfalt der Bevölkerung, die differenziert (bis 18 Jahre, 18-65 Jahre, 65 Jahre und geschlechtsspezifisch) dargestellt werden. Diese integrationsbezogene Strukturdatenanalyse ist Planungsgrundlage für politische Entscheidungen. Der 1. Bildungsbericht „Bildung – Migration – soziale Lage“ für das Land Bremen, an dessen Erstellung die Stadt Bremerhaven maßgeblich beteiligt war, ist ein Anknüpfungspunkt für das Integrationsmonitoring. Grundsätzlich wird die Datenanalyse auf das landesweite bzw. länderübergreifende Integrationsmonitoring bezogen:

„Die Länder sowie der Bund⁸ haben in den letzten Jahren die Bemühungen intensiviert, über Indikatoren ein genaueres Bild über den Stand und den Verlauf der Integration in Deutschland zu erfassen. Die Integrationsministerkonferenz (IntMK) hat im Februar 2011 die Notwendigkeit eines länderübergreifenden Integrationsmonitorings unterstrichen und den „Ersten Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005-2009“ vorgelegt. Damit wurden erstmals zentrale Daten über die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund auf weitgehend einheitlicher, methodischer und definitorischer Grundlage gebündelt vorgelegt. Der nächste Monitoringbericht der Länder wird 2013 vorgelegt. ... In das länderübergreifende Integrationsmonitoring werden insgesamt 34 Indikatoren einbezogen.“

(Entwicklungsplan Partizipation und Integration. Beteiligung fördern – Gemeinsamkeiten und Vielfalt stärken. Land Bremen 2012-2015. S. 9)

Die Stadt Bremerhaven hat es sich zum Ziel gesetzt, eine entsprechende Integrationsberichterstattung und ein Integrationsmonitoring aufzubauen. Hierbei soll systematisch und in enger Kooperation mit dem Land Bremen an das einheitliche Indikatorensystem der Länder angeknüpft werden.

Die Strukturdaten bieten keine Erklärungen zu Wirkungszusammenhängen zwischen der Integrationsarbeit der Stadt und der Veränderung der Daten. Hierzu sind ergänzende wissenschaftliche Untersuchungen sinnvoll, die in Abstimmung der Fachämter untereinander durchgeführt werden sollten.

8: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Zweiter Integrationsindikatorenbericht, Berlin 2011.

3. ZIELE UND LEITPROJEKTE IN SECHS ZENTRALEN HANDLUNGSFELDERN

3.1 Handlungsfeld Frühe Förderung und Elternarbeit

In der Stadt Bremerhaven existiert eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten in den Bereichen frühkindlicher Bildung und Entwicklung sowie Elternarbeit. Vorgehalten werden diese von freien, gemeinnützigen Trägern und städtischen Einrichtungen. Alle Akteure arbeiten daran mit, eine chancengleiche Teilhabe der in Bremerhaven lebenden Kinder zu ermöglichen, zu fördern und zu gestalten. Es ist ein Ziel der kommunalen Integrationspolitik in Bremerhaven, diese Angebotsvielfalt aufrecht zu erhalten, ihre Vernetzung auszubauen und die Akteure weiterhin in die Fortschreibung des Integrationskonzepts einzubinden.

In dem Bemühen, das gemeinschaftliche Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Stadt auszubauen und zu verbessern, kommt Angeboten, die sich an Kinder und deren Eltern wenden, eine große Bedeutung zu. Die Förderung von Kindern wirkt sich besonders nachhaltig auf die zukünftige Entwicklung des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune aus. Die Stadt Bremerhaven begrüßt daher ausdrücklich Bestrebungen, die Angebote in den Bereichen frühkindlicher Bildung und Entwicklung sowie Elternarbeit im Sinne eines interkulturellen Miteinanders weiter zu verbessern. Geplant ist in diesem Zusammenhang u.a. der weitere Ausbau und die interkulturelle Öffnung von Familienzentren in der Stadt.

Im Zusammenleben der Generationen und kollektiven Identitäten beeinflussen Eltern und Kinder sich wechselseitig. Eine aktive Integrationspolitik kann hier ansetzen und mit gezielten Aktivitäten generationenübergreifend wirken. Notwendig sind dafür

- » a) Weiterqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Umsetzung des Ziels, chancengleiche Teilhabe aller in Bremerhaven lebenden Kinder zu erreichen.
- » b) geeignete Analyse- und Planungsinstrumente, die es ermöglichen, auf bestehende und sich verändernde Handlungsbedarfe zu reagieren.
- » c) Eine Öffentlichkeitsarbeit, die versucht, möglichst umfassend zahlreiche Beteiligte zu erreichen und auf bestehende Angebote hinzuweisen mit dem Ziel einer noch stärkeren Nutzung.

Um auf allen drei Ebenen weitere Fortschritte zu erzielen, werden nachfolgend dargestellte drei integrationspolitische Pilotprojekte im frühkindlichen Bereich angestrebt:

- » a) Die Förderung des Integrationsprozesses im Arbeitsfeld frühkindlicher Förderung wird maßgeblich getragen vom Engagement der in den Einrichtungen und Projekten Beschäftigten, die eine wichtige Vermittler- und Multiplikatorenrolle übernehmen können. Je kompetenter die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich im Umgang mit Kindern und Eltern unterschiedlicher kultureller Herkunft einbringen können, desto besser können sie zum Gelingen einer gemeinschaftlichen Integration beitragen. Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten bilden daher einen wichtigen Baustein der Integrationspolitik. Angestrebt wird daher, in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Trägern der Einrichtungen und Projekte und dem Ausbildungsbereich eine Fachveranstaltung zu konzipieren, durchzuführen und zu dokumentieren, die sich mit grundsätzlichen Fragen einer verbesserten interkulturellen Ausrichtung der frühkindlichen Bildung und Entwicklung sowie der Elternarbeit beschäftigt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die sich an Führungskräfte und Fachpersonal richten soll, sollen Überlegungen zu der Frage stehen, was interkulturelle Kompetenz im Arbeitsfeld frühkindlicher Förderung bedeutet, welche Kenntnisse und Fähigkeiten sie konstituieren und wie diese vermittelt werden können.

- » b) Die Stadt Bremerhaven besteht aus Quartieren bzw. Stadtteilen mit sehr unterschiedlicher Bevölkerungsstruktur. Aufgabe der Integrationspolitik ist es, auf die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Handlungsbedarfe zu reagieren und integrationsfördernde Maßnahmen in jenen Quartieren verstärkt anzubieten, in denen der Bedarf höher ist als in anderen. Die kommunale Bevölkerungsstruktur und ihre Ausprägung in einzelnen Stadtteilen unterliegt jedoch einem ständigen Wandel, so dass einmal getroffene Einschätzungen und daraus abgeleitete Entscheidungen regelmäßig überprüft und hinterfragt werden müssen. Es wird angestrebt, eine Fachveranstaltung zu konzipieren, durchzuführen und zu dokumentieren, die sich mit grundsätzlichen Fragen der stadtteilbezogenen Bedarfsbemessung und Angebotssteuerung und -anpassung im Bereich integrationsfördernder Maßnahmen frühkindlicher Bildung und Entwicklung beschäftigt.

- » c) Für das Gelingen des Integrationsprozesses ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Angebote zur frühkindlichen Bildung und Entwicklung und zur Elternarbeit möglichst bei allen Eltern bekannt sind und von ihnen in Anspruch genommen werden können und werden. Aus diesem Grund sind die bestehenden Präventionsmaßnahmen zu erweitern. Wünschenswert sind Maßnahmen, die den Zugang zu Informationen erleichtern, wie etwa eine Sammlung, systematische Darstellung und möglichst mehrsprachige Verbreitung aller Angebote im Bereich frühkindlicher Bildung und Entwicklung („Familienkompass“), sowie Maßnahmen, die den Grad der Akzeptanz und Inanspruchnahme der bestehenden Angebote sichern bzw. erhöhen, wie etwa eine individuelle Kontaktaufnahme zu Eltern.

3.2 Handlungsfeld Schulabschlüsse

Die Erreichung eines Schulabschlusses trägt entscheidend zu einem selbstbestimmten Leben und zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Integration bei. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht führt dies zu einer Verringerung sozialer Spaltung. Internationale Studien belegen, dass Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland noch nicht die gleichen Bildungschancen eröffnet werden, wie Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Die Stadt Bremerhaven unternimmt bereits intensive Bemühungen, um im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Bremerhavener Schulsystem so zu gestalten, dass es allen Schülerinnen und Schülern gleiche Chancen auf einen qualitativ guten Bildungsabschluss ermöglicht. Diese Bemühungen sollen fortgeführt werden.

Umsetzung einer Inklusionspädagogik⁹ an allen Schulen

In dem Bemühen die Heterogenität der Gesellschaft, die sich auch in den Schulen der Stadt widerspiegelt, als gesellschaftliche Realität anzuerkennen und wertzuschätzen strebt die Stadt Bremerhaven die Umsetzung der Inklusionspädagogik an allen Schulen an. Der Unterricht in Bremerhaven soll an den individuellen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sein. Zur Umsetzung dieser anspruchsvollen Aufgabe werden die Lehrkräfte in Bezug auf Inklusion und Individualisierung qualifiziert.

Angebot an Ganztagschulen ausbauen

An sozialen Brennpunkten der Stadt wurden in Bremerhaven Ganztagschulen eingerichtet, damit alle Schülerinnen und Schüler in gleichem Maße auch an den Nachmittagen von einer professionellen Betreuung in ihrer Entwicklung profitieren und ihre Bildungs- und Lebenschancen verbessern können. Die Stadt Bremerhaven strebt den weiteren Ausbau ihres Angebots an Ganztagschulen an, das für Schülerinnen und Schüler verbindlich sein soll (gebundener Ganztag).

Berufseinstiegsbegleitung an den Oberschulen etablieren

An einigen Bremerhavener Schulen arbeiten aus Projektmitteln finanzierte hauptamtliche Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleitern, die individuelle Beratung bei dem für die weitere Lebensplanung zentralen Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung anbieten. Ergänzt wird diese hauptamtliche Arbeit durch Patenprojekte unterschiedlicher Träger, die mit ehrenamtlichen Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleitern arbeiten. In dem Bemühen, die soziale Koppelung des Bildungserfolges zu reduzieren, strebt die Stadt langfristig an, die Berufseinstiegsbegleitung als festen Bestandteil der Berufsorientierung an den Oberschulen zu etablieren.

9: Gemäß UN-Behindertenrechtskonvention bezeichnet Inklusion im Bildungsbereich den gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne körperliche und geistige Behinderungen in einem gemeinsamen Regelschulsystem. Eine erfolgreiche Inklusionspädagogik zeichnet sich dadurch aus, dass die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen werden. Aus Sicht des Schulamtes Bremerhaven gehören zu diesen individuellen Bedürfnissen auch die mit einer Migrationserfahrung einhergehenden Chancen und Herausforderungen. Aus Sicht des Schulamtes Bremerhaven erübrigt sich eine gesonderte Integrationsdefinition, da nach § 3 Abs. 4 des Bremischen Schulgesetzes, die Bremischen Schulen den Auftrag haben, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln.

Durchgängige Sprachförderung bis in die Sekundarstufe 1 einführen

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Grundlage für eine gelingende schulische und berufliche Ausbildung. Die Stadt Bremerhaven führt in enger Kooperation zwischen dem Amt für Jugend, Familie und Frauen und dem Schulamt jedes Jahr Sprachstandserhebungen (CITO-Test) durch. Kinder mit Förderbedarf in bestimmten Bereichen haben die Möglichkeit am Förderprogramm „Sprachspaß“ teilzunehmen, das durch speziell qualifiziertes Personal durchgeführt wird. Bei andauerndem Förderbedarf besteht das Angebot auch in der Primarstufe weiter. Die Stadt Bremerhaven setzt sich zum Ziel, die ergänzende Sprachförderung im Sinne einer durchgängigen Sprachförderung auf die Sekundarstufe I auszuweiten.

Landesrechtliche Regelung zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse einfordern

Verglichen mit der Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Bremerhaven Schulen, ist der Anteil von Lehrerinnen und Lehrern mit eigener Migrationserfahrung deutlich geringer. Eine Anerkennung der im Ausland abgeschlossenen Lehrer/innenausbildung für Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Ländern kann dazu beitragen, den Anteil der Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund an den Bremerhavener Schulen zu erhöhen. Die Stadt Bremerhaven setzt sich auf Landesebene für eine landesrechtliche Regelung zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen analog zum „Anerkennungsgesetz“ auf Bundesebene und für die Finanzierung notwendiger Anpassungsmaßnahmen ein.

Als ersten Schritt zur Umsetzung der oben genannten strategischen Zielsetzungen plant die Stadt Bremerhaven folgendes integrationspolitisches Leitprojekt:

Die Umsetzung der Inklusion, wie sie im Bremischen Schulgesetz verankert und im Schulentwicklungsplan Bremerhaven für die Stadt konkretisiert wurde, wird auch zukünftig mit den notwendigen personellen und materiellen Ressourcen unterlegt. Im Bereich der Ganztagschulen strebt die Stadt Bremerhaven eine Gleichstellung mit den Verhältnissen in der Stadt Bremen an.

3.3 Handlungsfeld Berufsabschlüsse

Der Einstieg ins Erwerbsleben gehört für junge Menschen zu einem der wichtigsten Schritte für die Entwicklung einer eigenen Lebensperspektive, und die Stadt Bremerhaven tritt dafür ein, dass alle in der Kommune lebenden Menschen über die gleichen Chancen für eine Teilhabe am Erwerbsleben verfügen. Der Übergangphase zwischen Schule, Ausbildung und Beruf kommt daher aus integrationspolitischer Sicht eine hohe Bedeutung zu, denn hier werden für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene die Voraussetzungen für eine chancengleiche Integration in den Arbeitsmarkt geschaffen.

Die Stadt Bremerhaven versteht es als eine ihrer Aufgaben, jeder Art von Benachteiligung entgegenzuwirken und Maßnahmen und Hilfen für diejenigen zu schaffen, die aufgrund einer Zuwanderung vor besondere Schwierigkeiten gestellt sind. Dies gilt in besonderem Maße für junge Menschen, denn sie prägen und gestalten die Zukunft der Stadt, und Angebote, die die Chancengleichheit für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund verbessern, wirken nachhaltig integrationsfördernd.

Eine abgeschlossene Schulausbildung und eine erfolgreich durchlaufene berufliche Ausbildung stellen die wichtigsten Qualifikationen für eine Teilhabe am Erwerbsleben dar. Die Stadt Bremerhaven begrüßt und fördert Maßnahmen, die darauf abzielen, Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund den Erwerb eines Schulabschlusses zu erleichtern und sie beratend und begleitend bei der Berufsorientierung, der Ausbildungsplatzsuche, der Ausbildung und dem Einstieg ins Berufsleben zu unterstützen. Diese Maßnahmen sollen darauf ausgerichtet sein, bei allen Menschen der Stadt ein Bewusstsein für die integrationsfördernde, soziale und wirtschaftliche Bedeutung zu schaffen, die es hat, wenn Zuwanderinnen und Zuwanderer ihre Qualifikationen, Kenntnisse und Fähigkeiten in die Kommune einbringen.

Die Stadt Bremerhaven wirbt dafür, junge Zuwanderinnen und Zuwanderer auszubilden und einzustellen, und hält es für erforderlich, die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen und Betriebe weiter zu erhöhen. Betriebe und Unternehmen, die von Unternehmerinnen und Unternehmern geführt werden, die selbst nach Bremerhaven zugewandert sind, sollen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen gezielt unterstützt werden.

Die Stadt Bremerhaven strebt an, Ermessensspielräume bei der Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen zugunsten einer Integration in den Arbeitsmarkt auszuschöpfen. Darüber hinaus setzt sich die Kommune im Austausch mit dem Land und dem Bund dafür ein, ausländerrechtliche Regelungen zugunsten einer besseren Arbeitsmarktintegration anzupassen, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen zu erleichtern und nach dem Anerkennungsgesetz erforderliche Anpassungsmaßnahmen finanziell zu fördern.

Die Stadt Bremerhaven begrüßt und unterstützt ausbildungsbegleitende Hilfen der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und anderer Institutionen und trägt aktiv dazu bei, diese Angebote bekannt zu machen und den Zugang zu ihnen zu erleichtern. Die Stadt Bremerhaven strebt an, den in kommunalen Ämtern Beschäftigten, die über besondere Sprachkenntnisse verfügen, die Möglichkeit einzuräumen, sich als Übersetzungshilfen erfassen zu lassen.

Die Stadt Bremerhaven setzt sich dafür ein, dass Ausbildungsplätze ausschließlich aufgrund von Qualifikationen vergeben werden, und ruft die ortsansässigen Betriebe und Unternehmen dazu auf, die Möglichkeit anonymisierter Bewerbungsverfahren zu prüfen. Dabei soll auf Fotos, Namen, Wohnort, Alters- und Jahresangaben verzichtet werden und über die Einladung zu einem Vorstellungsgespräch ausschließlich aufgrund von Schulabschlüssen und anderen Qualifikationen entschieden werden.

Um die Chancengleichheit beim Erwerb von Schulabschlüssen und der Ausbildungsplatzsuche zu verbessern, sind folgende Pilotprojekte geplant:

- » a) Der Magistrat der Stadt wird eine Arbeitsgruppe bilden, die sich mit der Frage beschäftigt, wie auch jene jungen Menschen, bei denen die Akzeptanz für die Bedeutung einer Erwerbstätigkeit nicht oder nur schwach ausgeprägt ist, von Maßnahmen, die den Erwerb von Schulabschlüssen oder die Aufnahme einer Ausbildung fördern, erreicht werden können. Diese Arbeitsgruppe, an der Agentur für Arbeit, Jobcenter, Politik und Verwaltung, Migrantenselbstorganisationen, das Netzwerk für Zuwanderinnen und Zuwanderer, der Rat der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie gegebenenfalls weitere Akteure beteiligt werden sollen, wird sich hauptsächlich damit beschäftigen, über neue Zugangswege zu diesen jungen Menschen nachzudenken und Projektideen zu entwickeln.
- » b) Die Agentur für Arbeit Bremerhaven, die bei der Vermittlung von Ausbildungsplätzen eine bedeutende Rolle zukommt, wird ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch gezielte Schulungsangebote über ausländerrechtliche Gesetze und Richtlinien informieren, um sicherzustellen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten für Zuwanderinnen und Zuwanderer, eine Ausbildung aufzunehmen, ausgeschöpft werden können.

3.4 Handlungsfeld Wirtschaft und Beschäftigung

Teilhabe am Erwerbsleben ist ein wichtiger Indikator für das Gelingen kommunaler Integrationspolitik. Das politische Wirken einer Kommune sollte also darauf ausgerichtet sein, Teilhabe chancengleich zu ermöglichen und zu fördern. Möglichkeiten dazu eröffnen sich sowohl im Bereich der Gründung, des Aufbaus und Erhalts selbständiger Beschäftigung als auch bei der Suche und Aufnahme nichtselbständiger Beschäftigung.

Um die Teilhabe am Erwerbsleben messen und Fördermaßnahmen verlässlich bewerten zu können, bedarf es der Entwicklung von aussagefähigen Maßstäben und der Erhebung belastbarer Daten. Für beides Sorge zu tragen, ist gegenwärtig und für die unmittelbare Zukunft eine der dringendsten Aufgaben der kommunalen Integrationspolitik in Bremerhaven.

In Bremerhaven existiert bereits ein breites Angebot integrationspolitisch relevanter Einrichtungen und Dienste, die unter anderem Unterstützung in Fragen selbständiger und nichtselbständiger Beschäftigung leisten. Menschen, die nach Bremerhaven zuwandern, verfügen aber nicht über die notwendigen Informationen, um dieses Angebot in seiner Vielfältigkeit auch nutzen zu können. Zur Umsetzung dieser Zielsetzung wäre die Schaffung eines Welcome Centres in zentraler Stadtlage geeignet, in dem alle relevanten Informationen zusammenlaufen und in geeigneter Form an die Zuwanderinnen und Zuwanderer weitergegeben werden.

Menschen, die nach Bremerhaven zugewandert sind und in unserer Stadt einen Betrieb, eine Firma, ein Unternehmen gründen, investieren nicht nur in ihre eigene Zukunft, sondern auch in die Zukunft der Kommune. Sie gestalten aktiv wirtschaftliche Teilhabe als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und indem sie jungen Menschen Ausbildungsplätze bieten. Selbständige mit Migrationshintergrund können auf diese Weise Vorbilder sein und im interkulturellen Miteinander vermitteln. Von Zuwanderinnen und Zuwanderern geführte Unternehmen sind darüber hinaus ein bedeutender kommunaler Wirtschaftsfaktor. Sie tragen zur sozialen und ökonomischen Stabilisierung bei und sollten im Kontext kommunaler Wirtschafts- und Integrationspolitik unterstützt und systematisch gefördert werden.

Die Gründung einer Selbständigkeit ist ein komplexer Vorgang, in dessen Verlauf die meisten Gründerinnen und Gründer auf Hilfen angewiesen sind. Bund, Länder und Kommunen, aber auch Wirtschafts- und Unternehmerverbände bieten solche Hilfen an. Sie sind jedoch nicht immer ausreichend auf Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnitten. Die interkulturelle Ausrichtung der bestehenden Unterstützungsangebote zur Existenzförderung und Existenzgründung weiter zu erhöhen, ist Aufgabe der kommunalen Integrationspolitik der Stadt Bremerhaven.

Fehlende Sprachkenntnisse sind eines der Haupthindernisse für eine Teilhabe am Erwerbsleben. Die Bedeutung der Sprache als Basis erfolgreicher Kommunikation hat in den Bereichen Wirtschaft und Beschäftigung in der Vergangenheit zugenommen. Die in Integrationskursen und anderen allgemeinen Sprachkursen vermittelten Kenntnisse der deutschen Sprache reichen für eine Teilhabe am Erwerbsleben oft nicht aus oder sind zu unspezifisch. Für eine erfolgreiche kommunale Integrationspolitik ist eine systematische Koordinierung des bestehenden Angebots berufsbezogener Sprachkurse ebenso notwendig wie eine Förderung gegebenenfalls darüber hinaus notwendiger praxisnaher Angebote. Diese Angebote sollen so ausgerichtet sein, dass sie die Menschen erreichen und kontinuierlich fortgeführt werden.

Menschen, die in unsere Kommune zuwandern, verfügen oft über Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsabschlüsse, denen in Deutschland rechtlich keine oder nicht die volle Anerkennung zuteil wird. Die Stadt Bremerhaven regt an, den Ermessensspielraum, den das „Anerkennungsgesetz“ gewährt, jeweils zugunsten einer Integration in den Arbeitsmarkt zu nutzen. Darüber hinaus wird die Kommune den jeweils zuständigen Gesetzgeber auch weiterhin auf die kommunalen Probleme bei der Anerkennung ausländischer Bildungs-, Ausbildungs- und Berufsabschlüsse hinweisen und praxisnahe rechtliche Lösungen einfordern.

Die Suche nach und die Aufnahme von nichtselbständigen Beschäftigungsverhältnissen bildet einen Teilbereich des kommunalen Arbeitsmarktes, in dem sich vielfältige Möglichkeiten für eine aktive Integrationspolitik bieten. Einziges Kriterium für eine Stellenbesetzung soll die fachliche Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber sein. Zur Erhöhung der Chancengleichheit in Auswahlverfahren dient die Anonymisierung von Einstellungsverfahren. Die Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern mit Migrationshintergrund, die zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden, lässt sich auf diese Weise erhöhen. Die Stadt Bremerhaven begrüßt daher alle Bestrebungen, anonymisierte Bewerbungsverfahren zu nutzen.

Allen hilfebedürftigen Erwerbsfähigen stehen für eine Integration in den Arbeitsmarkt Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zu. Menschen, die aus anderen Kulturen nach Bremerhaven zugewandert sind, bedürfen oft besonderer Unterstützungsformen, die in dem weitgehend standardisierten Leistungskatalog dieser Hilfeform nicht vorgesehen sind. Eine Abstimmung des Leistungskatalogs auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund ist Aufgabe kommunaler Integrationspolitik. Maßnahmen, die die Teilhabe von hilfebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund am Erwerbsleben verbessern, dienen nicht nur der sozialen und wirtschaftlichen Integration, sie verringern auch die Abhängigkeit von Transferleistungen und entlasten die Kommune. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang interkulturell kompetente Hilfen für junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen oder antreten, denn diese Hilfen entfalten eine besonders nachhaltige Wirkung. Vor allem der Übergang von Schule zu Beruf stellt eine wichtige Schnittstelle dar.

Wirtschaft und Beschäftigung sind Bereiche, die regelmäßig auf ein großes öffentliches Interesse stoßen. Kommunale Integrationspolitik sollte sich diesen Zusammenhang zu Nutze machen. Zum einen lässt sich auf der Ebene von Wirtschaft und Beschäftigung eine integrationsfördernde Öffentlichkeitsarbeit ansiedeln, zum anderen bietet sich hier die Chance, integrationspolitische Erfolge öffentlichkeitswirksam darzustellen und auf diese Weise zu einem positiven Image der Stadt Bremerhaven als Wirtschaftsstandort beizutragen.

Zur weiteren Verbesserung einer chancengleichen Teilhabe am Erwerbsleben sind folgende Pilotprojekte geplant:

- » 1. Die Stadt Bremerhaven strebt an, die ortsansässigen Unternehmen und Betriebe sowie Arbeitgeberverbände und –vertretungen für eine aktive Mitarbeit an der kommunalen Integrationspolitik zu gewinnen und sie an der Fortschreibung des Integrationskonzepts zu beteiligen. Der Magistrat wird über die Erfolge auf diesem Gebiet jährlich berichten.

- » 2. Agentur für Arbeit und Jobcenter erarbeiten ein Konzept für einen interkulturellen Veranstaltungstag und setzen es um. Ziel soll es sein, die Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen und Betrieben zu erhöhen und die Vermittlungschancen von jungen Zuwanderinnen und Zuwanderern in Ausbildung zu verbessern. Dabei sollen auch Unternehmen und Betriebe angesprochen werden, die von Zuwanderinnen und Zuwanderern geführt werden.

3.5 Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes

Bei der interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes handelt es sich um einen Prozess der Verwaltungsmodernisierung, deren Ziele soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung sind. Niemand darf ausgegrenzt werden, jede und jeder gehört dazu. Der öffentliche Dienst hat eine Vorbildfunktion und ist Vertreter des Grundgesetzes und der damit verbundenen Wertvorstellungen.

Die Stadt Bremerhaven schätzt die Heterogenität und kulturelle Vielfalt der Bremerhavener Gesellschaft und ist bestrebt, Personalentwicklung, Dienstleistungsangebote und Kommunikationsstrukturen im öffentlichen Dienst so auszugestalten, dass dieser Vielfalt Rechnung getragen wird und Benachteiligungen ausgeschlossen sind.

Strategisches Ziel:

Ausrichtung der Dienstleistungen und Kommunikationsstrukturen an den Bedarfen einer heterogenen Bevölkerung

Die Stadt Bremerhaven strebt an, durch eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Dienstleistungen und Kommunikationsstrukturen des öffentlichen Dienstes die Integration zu erleichtern, so dass der Entstehung von Randgruppen und möglichen nachfolgenden Problemen entgegen gewirkt wird. Die Haltung des öffentlichen Dienstes hinsichtlich einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft ist entscheidend für die Innen- und Außenwahrnehmung der Stadt und bei der Etablierung einer Willkommenskultur.

Die Stadt Bremerhaven ist bestrebt, Lern- und Veränderungsprozesse auf allen Ebenen zu initiieren und zu begleiten, um Dienstleistungen und Kommunikationsstrukturen unter interkulturellen Gesichtspunkten zu öffnen. Hierzu bedarf es geeigneter Lern- und Veränderungsanreize, damit die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bremerhaven auf allen Ebenen die vorhandene Bereitschaft und Fähigkeit weiterentwickeln können, selbstverantwortlich die Herausforderungen einer interkulturellen Öffnung zu identifizieren und sich auf diese einzustellen.

Die interkulturelle Öffnung ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe. Gleichwohl kommt dem Bürger- und Ordnungsamt – Ausländerbehörde – über ihre hoheitlichen Aufgaben hinaus hierbei eine Schlüsselfunktion zu. In der alltäglichen Begegnung mit Menschen anderer Nationalitäten ist sie ein wichtiger Faktor, ob Menschen mit Migrationshintergrund sich in Bremerhaven willkommen fühlen und ihre Bereitschaft aktiviert wird, ihre Potenziale einzubringen. Entsprechend dieser Schlüsselfunktion prüft die Stadtverwaltung Bremerhaven, inwiefern die Ausländerbehörde zu einer „Servicestelle zur Aufenthaltserteilung und Einbürgerung“ weiterentwickelt werden kann.

Mit dieser interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes in Bremerhaven sind zahlreiche Vorteile verbunden: Bremerhaven zeigt sich der Öffentlichkeit als lebenswerte, attraktive und weltoffene Stadt, in deren Geschichte Aus- und Zuwanderung eine große Rolle spielen. Verfahrensabläufe werden transparenter für die Kundinnen und Kunden und der öffentliche Dienst wird als moderner Dienstleister wahrgenommen. Kommunikation und der Zugang zu Informationen werden erleichtert. Hierdurch können Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter- und Kundinnen- und Kundenzufriedenheit erhöht werden, da Konflikte, die sich auf Grund von sprachlichen oder kulturellen Missverständnissen ergeben können, vermieden werden.

Strategisches Ziel: Anpassung der Personalstruktur an die Bevölkerungsstruktur

In der Stadt Bremerhaven hat mehr als ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Bisher liegen keine Zahlen dazu vor, wie viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst in Bremerhaven arbeiten. Auch vor dem Hintergrund bekannter Zahlen aus anderen Kommunen ist aber fraglich, ob die Personalstruktur bisher der Vielfalt der Bevölkerungsstruktur entspricht.

Die Stadt Bremerhaven ist bemüht, Personalentwicklung auch unter interkulturellen Gesichtspunkten zu betreiben. Erfolgreiche Ansätze wie z.B. bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen und die Erprobung anonymisierter Bewerbungsverfahren sollen vorangetrieben werden.

LEITPROJEKTE

Um die oben genannten strategischen Ziele zu realisieren, plant die Stadt Bremerhaven folgende integrationspolitische Leitprojekte

» a) Ist-Stands-Analyse Magistratsbeschäftigter mit Migrationshintergrund

Als Grundlage für zukünftige interkulturelle Personalentwicklungsprozesse plant die Stadt Bremerhaven eine Erhebung über die Anzahl der Magistratsbeschäftigten mit Migrationshintergrund. Ziel der Erhebung ist es, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund an der Gesamtheit der Beschäftigten in den unterschiedlichen Verwaltungsbereichen beziffern zu können. Erkenntnisinteresse ist darüber hinaus, inwiefern Menschen mit Migrationshintergrund auf verschiedenen Hierarchieebenen der Verwaltung vertreten sind. Hierzu wird ein Erhebungsinstrument entwickelt und eingeführt. Um sichtbar zu machen, ob Bemühungen zur Anpassung der Personalstruktur an die Bevölkerungsstruktur erfolgreich sind, wird eine turnusmäßige Wiederholung der Erhebung für sinnvoll erachtet.

» b) Ausbau Sprachmittlerkartei und Erarbeitung eines Nutzungskonzeptes

In dem Bemühen, den in der Stadtverwaltung bestehenden Bedarf an Sprachmittlung zu decken, wird in der Magistratskanzlei eine Liste mit Magistratsbeschäftigten geführt, die über Fremdsprachkenntnisse verfügen. Dieser Ansatz soll ausgebaut und bekannt gemacht werden. Erarbeitet werden soll ein Konzept, wie und unter welchen Bedingungen die Sprachmittlerinnen und -mittler in der Verwaltung eingesetzt werden können.

» c) Informationskampagne zur interkulturellen Öffnung

Umgesetzt werden soll eine stadtweite Kampagne mit dem Ziel, junge Menschen über die Möglichkeiten einer Ausbildung im öffentlichen Dienst in Bremerhaven zu informieren und sie dazu zu motivieren. Die Kampagne soll sich explizit auch an Jugendliche mit Migrationshintergrund richten. Durch die Kampagne soll deutlich gemacht werden, dass die Kompetenzen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund wertgeschätzt und benötigt werden. Hiermit soll auch ein positives Signal an die lokale Wirtschaft ausgesendet werden, sich ebenfalls in diese Richtung zu öffnen.

3.6 Handlungsfeld Teilhabe/Partizipation und Bewusstseinsbildung

Strategien zur Stärkung der politischen Interessenvertretung von MigrantInnen entwickeln

Die Stadt Bremerhaven setzt sich für eine Stärkung der politischen Interessenvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bremerhaven ein. Hierbei kann ein Klärungsprozess über die Funktion und Organisationsform einer politischen Interessenvertretung der Menschen mit Migrationshintergrund sinnvoll sein. Innerhalb dieses Prozesses sollen verschiedene Organisationsformen für die lokale Umsetzung als kommunale Interessenvertretung geprüft werden; an dem Prozess sollen Politik und Zivilgesellschaft beteiligt werden.

Integration von Flüchtlingen als Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung verankern

Auch die Integration von Flüchtlingen wird in Bremerhaven als wichtige Aufgabe für die Stadtverwaltung angesehen. Neben der Koordinationsstelle für Migration und Chancengleichheit kommt dem Bürger- und Ordnungsamt – Ausländerbehörde – hierbei eine Schlüsselfunktion zu. Die Stadtverwaltung in Bremerhaven prüft, inwiefern die Ausländerbehörde zu einer „Servicestelle zur Aufenthaltserteilung und Einbürgerung“ weiterentwickelt werden kann, die auch die Belange von Flüchtlingen in den Blick nimmt.

Schaffung von Grundlagen und Möglichkeiten für die Beteiligung von Zuwanderinnen und Zuwanderern

Die Stadt Bremerhaven hält es für sehr wichtig, dass ZuwanderInnen sich innerhalb der gegebenen Strukturen beteiligen und dadurch demokratisch und transparent die gegebene Vielfalt repräsentieren. Dabei ist die Gleichstellung von Frauen und Männern und der Generationen zu beachten. Hierfür Grundlagen und Möglichkeiten zu schaffen und methodisch angemessene Verfahren anzuwenden ist eine integrationspolitische Zielsetzung der Stadt Bremerhaven.

Förderung von Partizipation in den Nachbarschaften

Als traditionell weltoffene Stadt legt Bremerhaven Wert darauf, die Partizipation in den Nachbarschaften zu fördern, auch unter verschiedenen Migrantinnen- und Migrantengruppen. Dabei sollen Mythen und Vorurteile zielgerichtet entkräftet werden, indem Vertreterinnen und Vertreter von Menschen mit Migrationshintergrund eingebunden werden, um Stereotype und Vorurteile innerhalb der eigenen ethnischen Community zu entkräften, und Strategien zur Aufklärung der Mehrheitsgesellschaft zu entwickeln. Die Stadt Bremerhaven will sicherstellen, dass die Vielfalt und die Dynamik der Bevölkerung bei der Planung von lokalen Aktionsplänen und Konzepten beachtet werden.

Ausweitung der politischen Bildungsangebote unter Einbeziehung junger Migrantinnen und Migranten

Die Stadt Bremerhaven unterstützt eine Ausweitung der politischen Bildungsangebote unter Einbeziehung junger Migrantinnen und Migranten in Schulen und Jugendzentren, von weiblichen Migrantinnen sowie der Migrantenorganisationen.

Politische Bildung soll konzeptionell auf diese neue Zielgruppe ausgerichtet, für sie attraktiv gestaltet werden und bezahlbar sein. Professionelle Einrichtungen und Anbietende im Bereich Bildung sollen dafür Sorge tragen, dass interkulturelle Angebote in ihrem Programm aufgenommen werden, sie sollen ihre Programme dahingehend überprüfen.

Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige

Die Stadt Bremerhaven setzt sich für die gleichberechtigte politische Teilhabe aller (volljährigen) Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadtgesellschaft ein. Daher befürwortet die Kommune ein frühes Kommunalwahlrecht für Drittstaatenangehörige, für das sie sich auf der Ebene des Landes Bremen einsetzen wird.

LEITPROJEKT

- » Demografische Datenlage: Die Stadt Bremerhaven gibt regelmäßige Erhebungen zum Bevölkerungswechsel, den demographischen Veränderungen und der Vielfalt der Bevölkerung heraus und bezieht diese in die Planungen mit ein. Alle Erhebungen werden gegendert. Die Erhebungen werden auf das landesweite Integrationsmonitoring bezogen, um Datenlücken zu schließen.

4. PERSPEKTIVEN

Mit dem vorliegenden 1. Bremerhavener Integrationskonzept knüpft die Stadt Bremerhaven an die vielfältigen guten Projekte und Strukturen gelungener Integrationsarbeit in der Stadt an. Das Integrationskonzept ist Ausdruck des gemeinsamen Wunsches aller Beteiligten, abgestimmte integrationspolitische Ziele mit gebündelter Energie zielgerichtet verwirklichen zu wollen.

Für die stufenweise Umsetzung des 1. Bremerhavener Integrationskonzeptes wird das gemeinsame Engagement von Verwaltung und Partnerinnen und Partnern in der Stadt wichtig sein. Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die alle kommunalen Handlungsfelder berührt. Es ist daher ausdrückliches Ziel, bei der langfristigen Fortschreibung des Bremerhavener Integrationskonzeptes weitere Handlungsfelder strategisch einzubinden. Hierbei ist z.B. zu denken an die Handlungsfelder Kultur, Stadtentwicklung, Gesundheit oder die systematische Berücksichtigung spezieller Lebenssituationen von älteren Migrantinnen und Migranten oder die Förderung des interreligiösen Dialogs.

Die Stadt Bremerhaven wünscht ausdrücklich, ihre kommunale Integrationspolitik weiterhin in enger Abstimmung mit der Integrationspolitik des Landes Bremen zu gestalten.

Entwurf Geschäftsordnung Fachbeirat Integration

GESCHÄFTSORDNUNG des Fachbeirates für Migration und Chancengleichheit in der Stadt Bremerhaven

§ 1 AUFTRAG

Der Fachbeirat hat den Auftrag, die Planung, den Aufbau und die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund in Bremerhaven fachlich zu begleiten und die Ämter, Dezernentinnen und Dezernenten, den Magistrat, die Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüsse zu beraten.

§ 2 ZUSAMMENSETZUNG

(1) Mitglieder des Fachbeirates sind die Amtsleitungen/Geschäftsführungen/ Vorsitzende o.ä. der folgenden Ämter/Einrichtungen/Institutionen/Vereine:

- » Magistratskanzlei
- » Bürger- und Ordnungsamt
- » Amt für kommunale Arbeitsmarktpolitik
- » Schulamt
- » Schulische Dienste
- » Sozialamt
- » Amt für Jugend, Familie, Frauen
- » Kulturamt
- » Gesundheitsamt
- » Volkshochschule

- » Projekt „Lernen vor Ort“ Bremerhaven
- » Agentur für Arbeit Bremerhaven
- » Jobcenter Bremerhaven
- » Industrie- und Handelskammer
- » Kreishandwerkerschaft
- » Arbeitnehmerkammer
- » Deutscher Gewerkschaftsbund
- » AG Wohlfahrtsverbände
- » Bremische Zentralstelle für die Verwirkung der Gleichberechtigung der Frauen (ZGF)
- » Fachberatungsstelle Migration des Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH
- » Fachberatungsstelle Migration der AWO
- » Präventionsrat
- » Seniorenbeirat
- » Rat der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger
- » Demokratisches Migrantenforum
- » Netzwerk für Zuwanderinnen und Zuwanderer
- » Arbeitskreis Migration und Flüchtlinge
- » Evangelisch lutherischer Kirchenkreis Bremerhaven
- » Jüdische Gemeinde Bremerhaven
- » Katholische Kirche, Dekanat Bremerhaven
- » Merkez Camii/Ditib-Moschee Bremerhaven
- » Fatih-Moschee Bremerhaven
- » AG Bremerhaven im Bremer Rat für Integration
- » Moderatoren der Arbeitsgruppen zum Integrationskonzept

- (2) Über die Aufnahme weiterer Mitglieder entscheidet der Fachbeirat mit 2/3 Mehrheit seiner Mitglieder.
- (3) Der Fachbeirat kann mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder die Teilnahme von sachverständigen Gästen zu spezifischen Themen beschließen.

§ 3 **SITZUNGEN**

- (1) Sitzungen finden mindestens zweimal jährlich oder auf Antrag von wenigstens zwei Mitgliedern statt.
- (2) Einladungen sollen 14 Tage vor Sitzungsbeginn bei den Mitgliedern eingehen.
- (3) Die Sitzungsleitung übernimmt die Amtsleitung des Sozialamtes.

§ 4 **AUFGABEN**

- (1) Dem Fachbeirat obliegt die Erörterung und Abgabe von Stellungnahmen oder Empfehlungen zu Aspekten von grundsätzlicher und / oder zielgruppenübergreifender Bedeutung im Zusammenhang mit der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Dazu gehören insbesondere:

- Fachliche Begleitung der Umsetzung des Integrationskonzepts
 - Identifizierung von Handlungsbedarfen in der Integrationsarbeit
 - Beratung von Behörden und Institutionen in der Stadt, des Magistrats sowie der Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüsse in Integrationsangelegenheiten
 - Empfehlungen zur Weiterentwicklung von bestehenden Strukturen zur Optimierung des Integrationsprozesses
 - Empfehlungen für die Besetzung von Gremien (z. B. Bremer Rat für Integration)
- (2) Die Mitglieder des Fachbeirates verpflichten sich, Vorhaben von grundsätzlicher Bedeutung für die Integrationsarbeit in den Fachbeirat zur Erörterung einzubringen.
 - (3) Die originäre Zuständigkeit und Verantwortung der Ämter, des Magistrats sowie der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse bleiben unberührt.

§ 5

BESCHLUSSFASSUNG

- (1) Der Fachbeirat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder eingeladen und mehr als die Hälfte anwesend sind.
- (2) Beschlüsse werden mehrheitlich mit den Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, soweit nicht diese Geschäftsordnung eine andere Regelung vorsieht. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Beschlüsse sollen grundsätzlich durch schriftliche Vorlagen vorbereitet werden. Die Vorlagen sind den Mitgliedern rechtzeitig vor Sitzungen – in der Regel mit den Einladungen – zur Kenntnis zu geben.
- (3) Beschlüsse über Stellungnahmen des Fachbeirates bedürfen einer 2/3 Mehrheit. Wenn keine Einstimmigkeit erzielt werden kann, werden die abweichenden Voten im Protokoll aufgenommen.

§ 6

KOORDINATION

- (1) Die Koordinierung des gesamten Integrationsprozesses in der Stadt Bremerhaven erfolgt durch eine Koordinationsstelle des Magistrats der Stadt Bremerhaven. Sie ist in Bezug auf die Integrationsarbeit das Bindeglied zwischen den Ämtern des Magistrats untereinander und zu anderen Institutionen und Behörden in der Stadt sowie den zivilgesellschaftlichen Akteuren und Verbänden, die sich in der Stadt Bremerhaven der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund widmen.
- (2) Die Mitglieder des Fachbeirates verpflichten sich, sich gegenseitig insbesondere über Planungen und beabsichtigte Projekte zu informieren bzw. zu beraten. Dabei ist die Koordinationsstelle in geeigneter Weise einzubeziehen.
- (3) Die Koordinationsstelle soll den Integrationsprozess auf der Grundlage des Integrationskonzepts konzeptionell begleiten und bei Bedarf weiterentwickeln.

§ 7
GESCHÄFTSFÜHRUNG

- (1) Die Geschäftsführung für den Fachbeirat obliegt der Koordinationsstelle. Die Geschäftsführung umfasst die Vorbereitung der Sitzungen einschließlich der Einladungen an alle Mitglieder und die Verantwortung für die Ergebnisprotokolle einschließlich der Anwesenheitsliste. Die Weiterleitung der Beschlüsse und Stellungnahmen an die zuständigen Ämter und Gremien liegt ebenfalls in der Verantwortung der Geschäftsführung.
- (2) Die Protokolle werden unabhängig von der Teilnahme an sämtliche Mitglieder des Fachbeirates verschickt.

§ 8
INKRAFTTRETEN

Die Geschäftsordnung tritt am ... in Kraft.

Moderation und Mitglieder der Handlungsfeldgruppen

AG 1: Frühe Förderung und Elternarbeit

Name	Amt / Institution
Moderation: Renate Hunter	Amt für Jugend, Familie und Frauen Heute: Gesundheitsamt
Sabine Kobbe	AWO Bremerhaven, „Die Lerche“
Bettina Paul-Renken	Diakonie Bremerhaven
Bianca Prüsch	AWO Bremerhaven
Christa Thomann	Katholische Kirche

AG 2: Schulabschlüsse

Name	Amt / Institution
Moderation: Bernd Taube	Schulamt
Margret Berg-von Lüdinghausen	Förderungsgesellschaft für Bildung mbH
Lidia Greilich	AWO Bremen, Jugendmigrationsdienst
Wolfgang Hahl	Immanuel-Kant-Schule
Reinhard Rehwinkel	Schulamt
Engelinde Szepanski	Berufsbildungswerk
Susanne Weiß	Volkshochschule
Anna Wojciechowicz	Universität Bremen

AG 3: Berufsabschlüsse

Name	Amt / Institution
Moderation: Ulrike May-Bouhaddi	Arbeitsförderungs-Zentrum (AFZ)
Sybille Bösch	MdBB, Wissenschaftspolitische Sprecherin
Hans-Joachim Müller-Hanssen	Pädagogisches Zentrum
Bettina Seebeck	Berufliche Bildung Bremerhaven
Birgit Spindler	Bremer Netzwerk Nachqualifizierung, Arbeiterkammer Bremen
Engelinde Szepanski	Berufsbildungswerk
Anna Wojciechowicz	Universität Bremen

AG 4: Wirtschaft und Beschäftigung

Name	Amt / Institution
Moderation: Dr. Arne Eppers	Universität Oldenburg
Saskia Bargmann	Akademie des Handwerks an der Unterweser
Margret Berg-von Lüdinghausen	Förderungsgesellschaft für Bildung mbH
Heinrich Boll	Jobcenter Bremerhaven
Ismail Cerikci	Demokratisches Migrantenforum
Funda Elmaz	Gründungsleitstelle, RKW Bremen
Günther Kerchner	Förderwerk Bremerhaven GmbH
Ute Kohnke	Faden e.V.
Gisela Krüger	Stadtteilkonferenz Wulsdorf
Renate Prasse	BFW Berufsbildungswerk
Hans-Joachim Müller-Hanssen	Pädagogisches Zentrum e.V.
Dieter Schacher	Sozialamt
Thomas Schwarzer	Arbeitnehmerkammer Bremen
Engelinde Szepanski	Berufsbildungswerk
Sabine Viehweger	Agentur für Arbeit Bremerhaven

AG 5: Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes

Name	Amt / Institution
Moderation: Jens Ditzel	Ortspolizeibehörde
Moderation: Ute Kohnke	Faden e.V.
Dr. Corinna Becker	Gesundheitsamt
Ali Cahit Karakus	AWO, Migrationsberatung für Erwachsene
Mira Levinson	Demokratisches Migrantenforum
Jutta Redlich	Volkshochschule
Sylvia Schröder	Personalamt
Jörg Zager	Gesamtpersonalrat des Magistrat

AG 6: Teilhabe/Partizipation und Bewusstseinsbildung

Name	Amt / Institution
Moderation: Ali Can	Demokratisches Migrantenforum
Moderation: Dr. Anne Röhm	Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF)
Linda Blöchl	Landeszentrale für politische Bildung
Christa Dawidonis	Stadtteilkonferenz Wulsdorf
Wiltrud Duncan	Freiwilligenagentur Bremerhaven
Jochen Hertrampf	Kulturamt, Kulturladen Wulsdorf
Mira Levinson	Demokratisches Migrantenforum
Rihart Marinkov	Rat der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger
Daniel de Oliveira Soares	Rat der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger
Renate Prasse	BFW Berufsbildungswerk
Engelinde Szepanski	BWF Berufsbildungswerk
Tarja Weyer	Nord-Süd-Forum

Literatur

- » Arbeitskreis „50 Jahre Arbeitsmigration“ (Hrsg.): Von der Anwerbung zur Einwanderung. Arbeitsmigration in Bremerhaven. Bremerhaven. 2005.

- » Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Integrations-Workshops in Kommunen – Auswirkungen und Perspektiven der kommunalen Integrationspolitik im Dialog. Gütersloh. 2010.

- » Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Frankfurt am Main/Berlin. 2012.

- » Die Bundesregierung (Hrsg.): Nationaler Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Berlin. 2011.

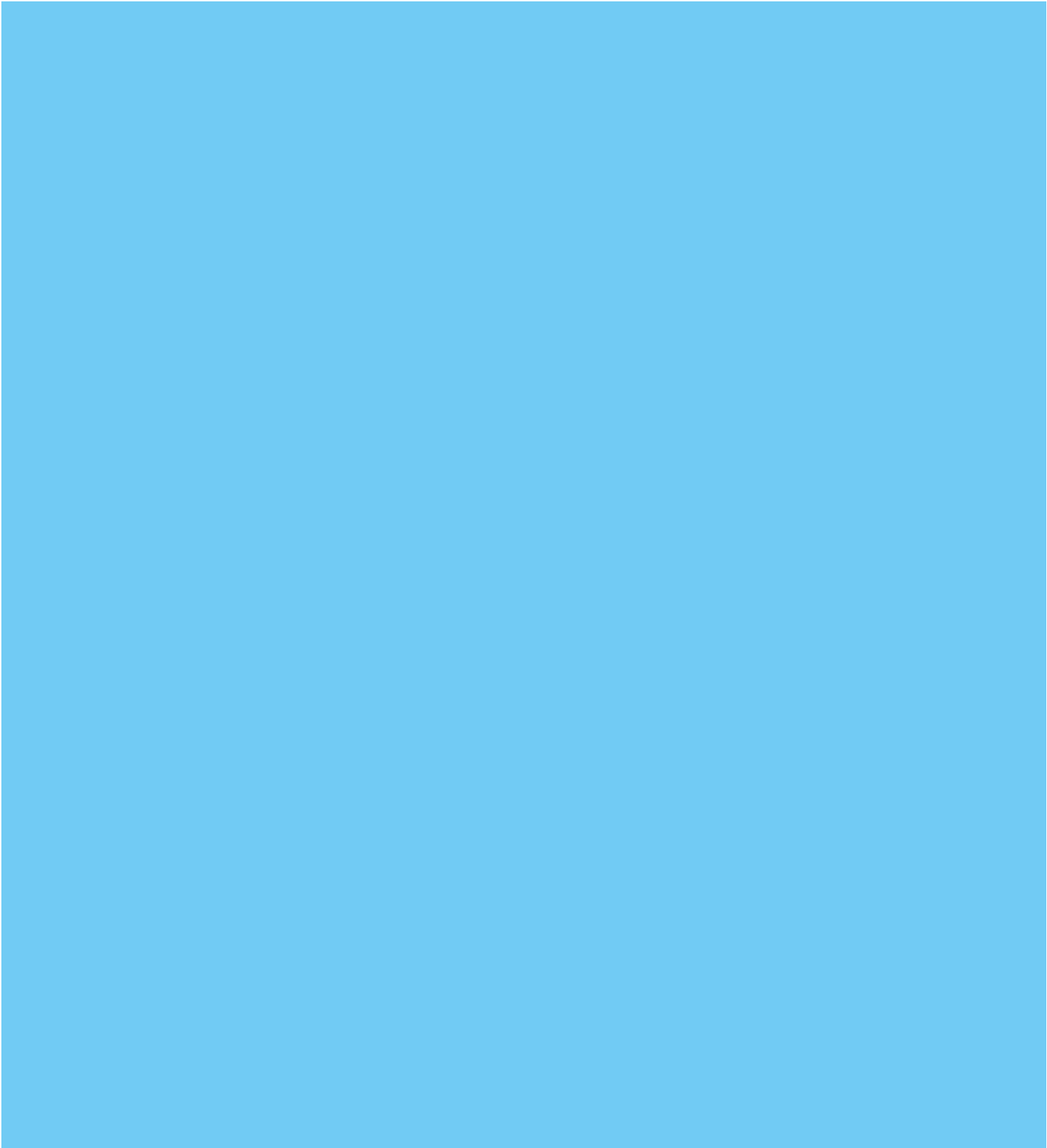
- » Friedrichs, Horst-Eberhard: Bremerhaven und die Amerikaner. Stationierung der U.S. Army 1945-1993. 2008.

- » Gesemann, Frank; Roth, Roland (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen. Wiesbaden. 2009.

- » Regionalforum Bremerhaven (Hrsg.): Der demographische Wandel im Unterweserraum: Eine erste Analyse der Entwicklungen und Bewertung der vorliegenden Prognosen auf Ebene der Landkreise Cuxhaven und Wesermarsch sowie der Stadt Bremerhaven. Online abrufbar:
<http://www.bremerhaven.de/downloads/394/23812/Demografiebericht+Endfassung.pdf>.
Zuletzt abgerufen am 29. März 2012. Bremerhaven. 2008.

- » Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Berlin. 2010.

- » Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden. 2012.



www.lernenvorort.bremen.de

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und aus dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert.

GEFÖRDERT VOM

